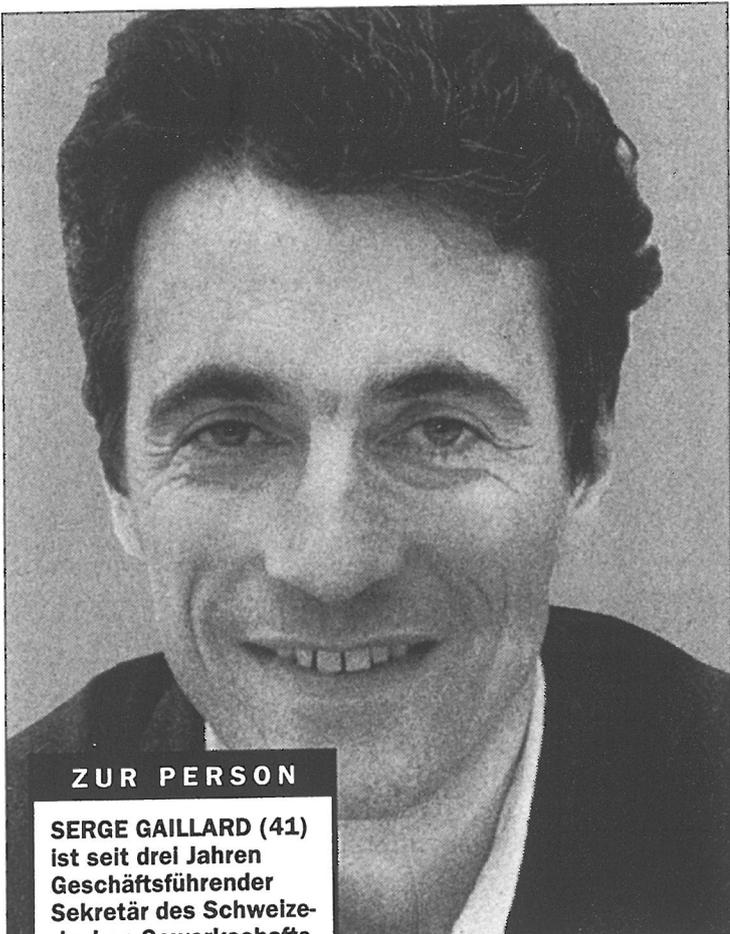


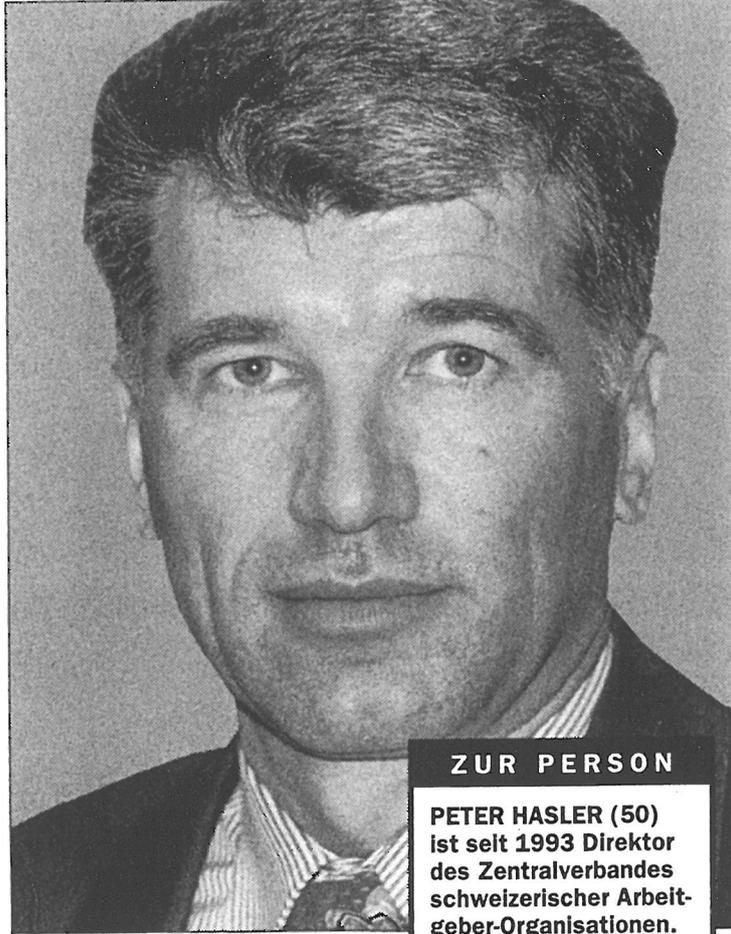
Die Entsolidarisierung verhindern

SOZIALSTAAT SCHWEIZ/Peter Hasler, Direktor der Arbeitgeber-Organisationen, qualifiziert die geplante Mutterschaftsversicherung als Ausdruck eines übertriebenen staatlichen Interventionismus ab. Für Gewerkschaftsbund-Sekretär Serge Gaillard hat dieses Postulat hingegen höchste Priorität.



ZUR PERSON

SERGE GAILLARD (41) ist seit drei Jahren Geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und zuständig für Arbeitsmarktfragen, Konjunktur- und Lohnpolitik. Nach dem Abschluss des Studiums der Wirtschaftswissenschaft war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich für Konjunkturprognosen und Arbeitsmarktentwicklung zuständig.



ZUR PERSON

PETER HASLER (50) ist seit 1993 Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen. Hasler schloss 1971 sein Studium an der Universität Zürich mit dem Dr. iur. ab. Bevor er 1974 in das Sekretariat des Arbeitgeberverbandes der Schweizer Maschinenindustrie eintrat, wo er 1982 zum Direktor ernannt wurde, war Hasler unter anderem zwei Jahre als Adjunkt der Vormundschaftsbehörde Zürich tätig.

Gesprächsführung: Jürg Wegelin

Peter Hasler, Sie haben mit der Forderung für ein Moratorium beim Ausbau des Sozialstaates Furore gemacht. In gewissen Kreisen der Wirtschaft spricht man inzwischen von einer Redimensionierung. Wie stellen Sie sich zu den Forderungen des Unternehmer-Weissbuches?

Peter Hasler: Am Weissbuch waren die Wirtschaftsverbände nicht beteiligt. Diese Schrift wurde bewusst als unabhängige Stimme besorgter Unternehmer herausgegeben. Das Sozialkapitel entspricht nicht unserer Politik. Uns geht es in erster Linie um die Sicherung des Bestehenden und die Überprüfung der Effizienz des Systems. Wir fassen durchaus Retouchen ins Auge, wollen aber

keine Fundamentalreform der historisch gewachsenen Sozialwerke. Es handelt sich hier ja nicht nur um eine ökonomische Grösse, sondern auch um einen Garanten für die soziale Stabilität. Die Idee der Privatisierung lässt sich nicht einfach vom wirtschaftlichen Bereich in die Sozialpolitik übertragen.

Serge Gaillard: Im Gegensatz zu den Weissbuch-Autoren und den Anhängern eines Moratoriums betrachten wir die Sozialversicherungen auch als einen Faktor der wirtschaftlichen Stabilität. Die Sozialwerke tragen dazu bei, dass sich wirtschaftliche Rückschläge nicht automatisch verstärken. Wir haben übrigens nie gesagt, dass wir die Bäume in den Himmel wachsen lassen können, sondern haben immer von einer Konsolidierung der Sozialwerke gesprochen. Sozialversicherungen sind nie fertig ausgebaut, weil die Lebensverhältnisse und die Problemsituationen sich dauernd verändern. Familienstrukturen sind heute nicht mehr so stabil wie früher, die Frauen sind vermehrt erwerbstätig, wir sind mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit konfrontiert usw. All dies hat zu einem Anpassungsbedarf geführt.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Sozialwerke als Konjunkturstütze Peter Hasler?

Hasler: Dass die Auszahlung von Leistungen die Konjunktur erhalten hilft, ist von uns aus gesehen eine positive Nebenwirkung. Sozialpolitik darf jedoch nicht als Konjunkturpolitik betrieben werden. Wir sind im übrigen nicht gegen Anpassungen am System. Die Gewerkschaften unterlassen

Dass es heute Armut gibt, ist kein Fehler unseres Sozialsystems.

es aber zu sagen, wo als Kompensation heute nicht mehr notwendige Teile abgeschnitten werden könnten. Sorgen bereiten mir auch die Missbüche und die mangelnde Effizienz, insbesondere bei der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung.

Gaillard: Die meisten Sozialversicherungen stehen punkto Effizienz sehr gut da. Probleme gibt es bei den Pensionskassen. Die Verwaltungskosten machen dort je nach Kasse bis zu 5% der ausbezahlten Leistungen aus.

Ist die Beantwortung der Frage, wieviel Sozialstaat wir uns leisten können, nicht letzten Endes auch davon abhängig, wie wir die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung beurteilen?

Gaillard: Wir müssen drei Faktoren unterscheiden. Wir haben erstens die demographische Alterung der Bevölkerung, zweitens das starke Wachstum der Gesundheitsausgaben und drittens die Kosten der Arbeitslosigkeit. Das demographische Problem wird jedoch dramatisiert. Wir dürfen nicht vergessen, dass jene, die die Beiträge bezahlen, Jahr für Jahr produktiver arbeiten. Deshalb werden in der Zukunft die Löhne wieder steigen, was bei der AHV zu einer Zunahme der Einnahmen führen wird. Trotzdem wird es aber in den nächsten Jahren ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent für die AHV brauchen, um die heutigen Leistungen zu finanzieren. Fünf bis zehn Jahre später ist dann wieder mit einem zusätzlichen Finanzbedarf zu rechnen.

Hasler: Wenn es darum geht, die Einnahmen der Sozialversicherungen zu finanzieren, sind die Gewerkschaften bei der Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung jeweils sehr optimistisch. Bei anderen Zielsetzungen malt man dann ein schreckliches Krisenbild an die Wand und verlangt Beschäftigungsprogramme. Wir gehen unsererseits von einem mittleren Szenario aus, nämlich vom Nullwachstum.

Gaillard: Die aktuell schlechte Wirtschaftslage ist vor allem auf eine falsche Wirtschaftspolitik zurückzuführen, insbesondere die Geldpolitik. Generell lässt sich sagen, dass jene Länder, die ihre Arbeitslosenzahlen am stärksten steigen liessen, die grössten Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungen kennen. Keine Gesellschaft ist reich genug, um sich eine hohe Arbeitslosigkeit leisten zu können. Die Lohnnebenkosten sind vor allem in den letzten Jahren infolge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit um 1,5% gestiegen. Demgegenüber erhöhten sich die Lohnkosten im internationalen Ver-

gleich allein in den letzten zwei Jahren wegen der Aufwertung des Frankens im Vergleich zum Ausland um 15%. Wir müssen hier die Relationen im Auge behalten.

Wie gross ist die Gefahr, dass es in der Sozialpolitik zu einer ZerreiSSprobe kommt, das heisst der soziale Frieden gefährdet wird?

Gaillard: Um wesentliche Änderungen bei den Sozialversicherungen zu realisieren, braucht es bei uns Volksabstimmungen. Bisher haben sich die Stimmberechtigten immer dagegen gewehrt, Leistungen abzubauen. Ich bin deshalb zuversichtlich. Wenn allerdings die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen sollte, wird eine Sozialversicherung nach der anderen in die roten Zahlen geraten. Dies würde zu einer Verschärfung der Verteilungskämpfe führen. Falls die im Unternehmer-Weissbuch enthaltenen Vorschläge von ernstzunehmenden politischen Kräften aufgenommen würden, sähe ich natürlich schwarz für den sozialen Frieden.

Hasler: Wichtig ist, dass man dem Stimmvolk klaren Wein einschenkt und sagt, was eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit für Folgen hat. Wir werden auch hier eine Opfersymmetrie finden müssen. Zwar hängt unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht nur von den Lohnnebenkosten ab. Sie sind jedoch ein vorgegebener Kostenfaktor, der vom Unternehmer, im Gegensatz zu den Löhnen, nicht beeinflusst werden kann.

Lassen sich die neuen sozialen Probleme mit dem bestehenden Sozialversicherungssystem überhaupt noch lösen? Heute ist das Alter nicht mehr Hauptursache für die Armut. Als die AHV geschaffen wurde, war das aber so.

Gaillard: Eben, dank der AHV ist das Alter nicht mehr die Hauptursache ...

Heute sind doch Faktoren bei der Entstehung von Armut massgebend, die wir mit dem Giesskannenprinzip kaum noch in den Griff bekommen können ...

Gaillard: Ich finde den Begriff des Giesskannenprinzips sehr problematisch. Unser System geht nicht einfach davon aus, dass nur den Bedürftigen geholfen wird. Die Sozialversicherungen sind Teil der Selbstvorsorge. Zudem sorgen sie für einen gewissen

Ausgleich zwischen den hohen und tiefen Einkommen. Dass es heute wieder Armut gibt, ist nicht auf Fehler in unserem System der sozialen Sicherheit zurückzu-

Eine Reduktion des Pensionsalters kommt nicht in Frage.

führen. Wir sind heute mit neuen Problemen konfrontiert, so etwa den ausgesteuerten Arbeitslosen. Zweitens gibt es vermehrt Arbeitsplätze mit Löhnen, die zur Ernährung einer Familie nicht genügen. Und drittens werden alleinerziehende Mütter, die einer teilzeitlichen Beschäftigung nachgehen, zuwenig unterstützt.

Müssten nicht Prioritäten gesetzt und gewisse Mittel des Sozialversicherungssystems umgeleitet werden? Der Multimillionär im Ruhestand ist ja nicht auf seine AHV-Rente angewiesen.

Gaillard: 80% der AHV-Rentner sind auf die AHV und die 2.Säule angewiesen. Die restlichen 20%, die auf die AHV verzichten könnten, haben jedoch ihr Leben lang sehr hohe Beiträge bezahlt. Ich befürchte, dass diese Bezüger hoher Einkommen nicht mehr länger bereit wären, Prämien zu bezahlen, wenn sie keine Rente mehr erhielten. Wir diskutieren jedoch im Gewerkschaftsbund die Möglichkeit, für die Finanzierung der Sozialversicherungen eine Erbschaftssteuer einzuführen.

Hasler: Wenn wir den Besserverdienenden die Rente wegnähmen, hätte dies psychologisch und wirtschaftlich gesehen einen verheerenden Effekt, indem die Betroffenen alles tun würden, um der Beitragspflicht auszuweichen. Das Beitragssubstrat würde massiv zusammenschrumpfen. Andererseits würde auch eine Erbschaftssteuer zu Ausweichprozessen führen. Wir hätten eine gewaltige Entsolidarisierungswelle.

Das heisst jedoch nicht, dass wir nicht eine Verlagerung der Schwergewichte innerhalb des Sozialversicherungssystems diskutieren müssen, damit wir auf die neuen Probleme reagieren können. Von der Armut sind heute in erster Linie ausgesteuerte Arbeitslose und alleinerziehende Mütter betroffen. Wir haben in der Schweiz nur marginale Strukturen für die Betreuung der Kinder. Die Bewältigung dieser neuen Probleme wird sicher die Bereitstellung zusätzlicher Mittel notwendig machen. Allerdings müssen wir die Selbstverantwortung wieder verstärkt in den Vordergrund rücken. Für mich ist die Mutterschaftsversicherung ein Beispiel für einen übertriebenen, staatlichen Interventionismus. Hier sollte doch die Selbstvorsorge wirken, denn eine Geburt lässt sich schliesslich ja planen.

Gaillard: Ausser der Mutterschaft haben wir bis zum Militärdienst jeden Lohnausfall versichert ...

Hasler: Hoffentlich, der Militärdienst ist ja nicht wie eine Geburt etwas Freiwilliges ...

Gaillard: Die Frauen erfüllen damit aber eine gesellschaftlich ausserordentlich wichtige Aufgabe ...

Hasler: Kinder hat man nicht dem Staat zuliebe.

Wieviele zusätzliche Lohnprozente sind gegenwärtig noch in der Pipeline?

Gaillard: Der Wunschbedarf ist natürlich immer beliebig ausdehnbar. Es geht aber bei unseren Vorschlägen keineswegs immer um einen Ausbau, sondern in einigen Fällen nur um eine sozialere Finanzierung. Wenn wir zur Finanzierung der Krankenversicherung die unsozialen Kopfprämien durch eine Finanzierung mit der Mehrwertsteuer ersetzen würden, wären dazu fünf Mehrwertsteuerprozente notwendig. Andererseits könnten die unsozialen Kopfprämien drastisch gesenkt werden. Auf diese Art wird der Sozialstaat nicht ausgebaut; die Finanzierung erfolgt lediglich sozialer. Prioritäre Postulate sind für mich das Krankentaggeld, die Mutterschaftsversicherung und die Möglichkeit zur vorzeitigen Pensionierung ohne Rentenkürzung.

Was ist aus Arbeitgebersicht an weiteren Belastungen noch tragbar?

Hasler: Im Grunde genommen müssten wir zu einer Globalbudgetierung kommen. Sollte sich die wirtschaftliche Situation verschlimmern, würde allerdings auch ein solches Dach zusammenbrechen. Unsere Devise heisst: Kein weiterer Ausbau. Wir müssen uns überlegen, wie wir das bestehende System unter der Berücksichtigung der Opfersymmetrie und der Effizienzsteigerung finanzieren können. Eine Reduktion des Pensionsalters kommt jedenfalls nicht in Frage.

Gaillard: Wir dürfen das Ziel der existenzsichernden Renten bei der AHV nicht aufgeben. Auch dürfen wir das Rentenanpassungssystem nicht ändern, sonst wird die AHV im System der Altersvorsorge an Gewicht verlieren. Wenn der Lebensstandard der Bevölkerung steigt, müssen auch die Renten Schritt halten. Wir werden deshalb für die Beibehaltung des Mischindex, der neben der Teuerung auch die Reallohnentwicklung berücksichtigt, kämpfen.